

DIE DEMOKRATIE IM FREIEN FALL?

Ein philosophischer Diskursbeitrag zum Verstehen von Demokratie

Autor Dr. Hans-Jürgen Stöhr

Diskurse und Projekte über das DEMOKRATIE-Verstehen, -Praktizieren und -Erleben ist mehr denn je in aller Munde. Die Stimmung ist angesichts der zwei Landtagswahlen und Berlin im September 2026 ist aufgeheizt. Der Wahlsieg der AFD setzt eine Marke, wie Demokratie zu begreifen ist. Sorgen und Nöte auf der einen, Zuversicht und Wille für Veränderung auf der anderen Seite. – Grund genug, das eigene Selbstverständnis von Demokratie zu hinterfragen. Wann, wenn nicht jetzt. Insofern möchte ich mich aus philosophischer Sicht an der Demokratie-Debatte beteiligen und anregen.

Anstoß zum Diskurs ist nicht nur allein das aktuelle Ringen um ein faires, tragfähiges Demokratie-Verständnis, das im Grundgesetz der BRD verbrieft ist, sondern auch der vom englischen Premier Churchill (1874-1965) formulierte Gedanke: „Die Demokratie ist die schlechteste aller Regierungsformen – abgesehen von all den anderen, die von Zeit zu Zeit ausprobiert worden sind.“ Wie recht er hat, wenn ich in meinen Demokratie-Überlegungen die Rolle der AFD, deren Anhängerschaft und die Größe der potenziellen Wählergemeinschaft in Rechnung stelle.

Was ist unsere Demokratie als Regierungsform, als bürgerliche (freiheitliche), eingebettet in einer kapitalistischen Gesellschaft, wert? Ist sie wirklich so „wehrhaft“ wie geglaubt und gewünscht? – Ich möchte die Frage beantworten: Was macht das Wesen dieser vom Kapitalismus getragenen Demokratie aus? Wie lässt sie sich vor diesem Hintergrund verstehen?

Mein Ansatz (These 1) ist: Demokratie versteht sich als eine zwischen und mit den Menschen sich politisch, soziale, sozio-kulturelle und ökonomische begründete Lebensgemeinschafts- und Gestaltungsform. Demokratie ist eine im Wesen der Gesellschaft begründete Qualität menschlichen Denkens und Handelns.

Meine These zum *bürgerlichen* Demokratie-Verstehen heißt: Die bürgerliche Demokratie ist eine Regierungsform, die in ihrem Charakter sowohl demokratisch als auch zugleich undemokratisch ist. Sie trägt sowohl das Potenzial des progressiven Gestaltens gesellschaftlichen (politisch-kulturellen) Lebens als auch das Momentum der Selbstzerstörung der Demokratie. Die an das Kapital und an die Parteien gebundene bürgerliche Demokratie trägt mit sich das Potenzial der Gestaltung von Extremismus bis hin zu Faschistoidem. Das ist zweifellos ein harter „Vorwurf“ gegenüber dieser bürgerlichen Demokratie.

Wie lässt sich diese Überlegung begründen? Die Demokratie als Regierungsform ist nicht mit Perfektion und allseitiger Wehrhaftigkeit ausgestattet. Die im Grundgesetz fixierte Demokratie lässt Freiheiten im Denken und Handeln zu, die bis an das Grundgesetz und in Teilen darüber hinaus ausgereizt werden kann und tatsächlich wird. Nicht selten steht in diesem freiheitlichen Kontext das Argument, dass die Gesellschaft auch Meinungen und Handlungen aushalten muss, die demokratisch grenzwertig erscheinen. Die aktuelle Rolle und das Agieren der AFD macht es deutlich. Sie führt uns mit dem Wählerwillen zu einem schwer aushaltbaren Dilemma. Gemeint ist, dass die AFD nicht nur politisch im Parteiensystem „extrem rechts“, sondern in Teilen auch als verfassungsfeindlich eingeschätzt wird. Die AFD hat sich im Sinne der bürgerlichen, parlamentarischen Parteien-Demokratie etabliert und sich unter der Bevölkerung einen gesellschaftlich-politischen Platz mit einem potenziellen Wählerstimmenanteil von 25 bis über 40% erobert. – Und das ganz demokratisch! – Doch diese Demokratie weckt die Begierde nach dem „Aufwecken“ von öffentlich gestaltbarem Extremismus, begleitet von einem auf der Demokratie aufbaubarem Schrecken, dem Faschistoiden.

These 2: Eine Demokratie, eingebettet in einer bestehenden Macht und Wirkungskraft des Kapitals bis in das Staats- und Parteienwesen, offenbart sich auf das Äußerste fragil und verliert ihre Wahrhaftigkeit und das Vertrauen gegenüber der Zivilgesellschaft. Die bürgerliche Demokratie zeigt sich im Mantel der Diktatur des Kapitalismus, der die konstruktive Kraft des Demokratischen, die Gestaltung des Volkswillens untergräbt und

lässt Raum für Extremismus und auch Faschismus zu. Eine Politik der „demokratischen Mitte“ ist zum Scheitern verurteilt, solange das Kapital in das Parteiensystem und in den demokratischen Willen der Zivilgesellschaft hineingreift. – Wie lässt sich dieses Scheitern abwenden?

Die Demokratie als politisch-kulturelle Lebensgestaltungsform einer Zivilgesellschaft erreicht erst dann ihre volle Entfaltung und die ihrem Wesen adäquate Ausdrucksweise, wenn sie sich von den durch das Kapital begründeten Zwängen befreit. Sie zeigt sich nur dann in ihrer vollständigen Ausformung, wenn sie außerhalb des Machteinflusses des Kapitals, insbesondere großer Konzerne, steht und eine unter diesem Einfluss stehende Parteiendemokratie bzw. politischer Elite zurückgedrängt wird. Eine von diesen Einflüssen freie Demokratie gewinnt ihren politischen Raum, wenn es eine parlamentarische (überparteilich bzw. außerhalb des Parteilichen) Demokratie auftritt und alle Macht delegativ vom Volke und nicht von Parteien ausgeht. Das heißt: Es braucht eine Demokratisierung der (bürgerlichen) Demokratie, was letztlich eine Überwindung durch eine Radikalisierung (grundlegender Wandel) der bisherigen Demokratie bedeuten würde. Es wird Zeit für eine tolerante Demokratie, die sich auf das Gemeinwohl der Zivilgesellschaft begründet.

Die Überlegungen über die innere politische Gegensätzlichkeit der Demokratie, die sich sowohl aufbaubauend, entwickelnd für die Zivilgesellschaft einerseits und zerstörerisch, antidemokratisch, faschistoid andererseits zeigt, macht deutlich, auf deren Stärken und Schwächen gleichermaßen einzugehen. Sie trägt zweifellos beides in und mit sich. Das eine besteht nicht ohne das andere. Mehr noch: Jede weitere Stärkung und Ausweitung der aktuellen Demokratiegestaltung im Inhalt und in der Fläche macht den Mangel, ihre Begrenztheit, ihre Verletzlichkeit deutlich, was bei fehlender Gegensteuerung durch eine Basisdemokratie und fehlendem Mut, den menschlichen Verstand zu gebrauchen (sh. I. Kant, Artikel zur Aufklärung, 1783) unweigerlich einen Kollaps des Demokratischen zur Folge hat, der mit einem Kollaps der Natur mit Wirkung auf die Gesellschaft einhergeht und umgekehrt. Die eine Krise greift in die andere. Selbst der Verlust der bürgerlichen Demokratie durch Naturzerstörung führt uns zum Extremismus und Faschismus. Autoritäre Staaten mit gleichzeitiger autoritärer Kapitalmacht führen zum Zusammenbruch gegenwärtiger Demokratien.

Lässt sich dem etwas gegensetzen? Die Frage nach der Zukunft von Demokratie ist zu stellen. Drei Denkgänge sind vonnöten, die mehr oder weniger einen neuerlichen Demokratiezugang erschließen:

Erstens. Demokratie in ihrer Wortbedeutung als Volksherrschaft ist in ihrer Anlage die Herrschaft der Mehrheit über die Minderheit. Die Mitnahme dieser Minderheit, die demokratische Beteiligung auf allen Ebenen der Gesellschaftsstruktur ist die „Achilles-Ferse“ der Demokratie in der bürgerlichen Gesellschaft. Die Grenzen sind offensichtlich. Das braucht Überwindung.

Zweitens. Es mag absurd klingen: Eine Gesellschaft, die sich vom Kapital als Machtinstrument der Gesellschaft befreit, eine Gesellschaft, die auf der Grundlage gemeingemeinschaftlichen Eigentums an Produktionsmitteln basiert, braucht keine an Klassen und Parteien gebundene Demokratie. Die Demokratie wird sich dann zur Volksherrschaft einer gesamten Gesellschaft wandeln, in der weder eine Mehrheit über eine Minderheit und umgekehrt herrscht, sondern die Zivilgesellschaft als Ganze die Herrschaft über sich selbst übernimmt. Die Demokratie zeigt sich als gesellschaftliche, sozio-kulturelle und ökonomische Selbstverwaltung, getragen von einer allgemein gewährenden „Akzeptanz-Toleranz“.

Drittens daran anknüpfend. Demokratie, soweit sie als solche zu verstehen ist, braucht ein Denken und Handeln, das im gesamtgesellschaftlichen Interesse über Parteien und Kapital hinausgeht. Demokratie ist dann auf dem Weg dieser Überwindung, wenn sie den Charakter einer Volksherrschaft annimmt und in der Lage ist, Klassen-, Parteien- und Kapitalinteressen zu nivellieren. Ist der Zustand einer gemeinwohlgebundenen Gesellschaftsgestaltung erreicht, in der die soziale und ökonomische Gerechtigkeit Fuß gefasst hat, Kapital- und Parteieninteressen nicht mehr existent sind, ist eine Gesellschaftsgestaltung erreicht, die eine Demokratie der Herrschaft über eine Minderheit nicht mehr erforderlich macht, weil eine universelle, allgemeingültige Herrschaft des ganzen Volkes, der Zivilgesellschaft den Platz der Gesellschaftsgestaltung eingenommen hat. Die an klassen- und parteiungebundene Demokratie mit ihren Schwächen löst sich auf; sie ist Geschichte.

Alle Macht geht vom Volke aus.

Damit wird der Weg zum Gesellschaftsmodell eines gemeinwohlorientierten demokratischen Sozialismus geebnet.